

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 286 | 50. Woche | 81. Jahrgang | E 4504 A |

Donnerstag, 11. Dezember 2025

2,80 €



Ein Keller voller Fossilien Im Land der Saurier

Im Stuttgarter Naturkundemuseum lagert einer der größten Schätze Baden-Württembergs. Der Paläontologe Rainer Schoch hütet ihn. **Seite 16**

Foto: Lichtig/Max Kowalek, Montage: Kaszibowski

Begrenzter Einfluss



Die Erwartungen an die Landespolitik in Sachen Wirtschaftspolitik sind hoch – vielleicht zu hoch.

Von Annika Grah

Die wirtschaftliche Lage ist alles andere als rosig – und die Hiobsbotschaften häufen sich. Fast im Wochentakt kündigen große Unternehmen Stellenstreichungen an – zuletzt der Maschinenbauer Voith in Heidenheim. Das schürt Ängste, wie auch der aktuelle BaWü-Check, die Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, zeigt. Jeder Zehnte der Befragten berichtet, dass ein Familienangehöriger oder er selbst seinen Job verloren habe. Der Rest sorgt sich um das, was kommen könnte. Und doch überwiegt noch die Gruppe derer, die davon ausgeht, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser geht (22 Prozent) oder in etwa gleich bleibt (34 Prozent). Das gilt allerdings vor allem für die Jüngeren, die ihre Karriere noch vor sich haben.

Es ist nicht so, als wäre diese Sorge nicht in der Politik angekommen. Die Unkenrufe waren in den vergangenen Jahren unüberhörbar. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnte schon vor drei Jahren vor Wohlstandsverlusten, ebenso Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne). Da ist es nur folgerichtig, dass die Parteien, die nach der Landtagswahl 2026 Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, das Thema an Position eins in ihren Wahlprogrammen setzen. CDU, SPD und FDP haben ihr erstes Kapitel dem Thema gewidmet, und auch im Entwurf der Grünen ist das so vorgesehen. Ganz offensichtlich trifft das einen Nerv: Im BaWü-Check finden 68 Prozent der Befragten, dass die Landesregierung mehr für die Stärkung des Standorts tun müsse.

Doch wäre es gefährlich, falsche Erwartungen zu schüren. Die großen Linien der Wirtschaftspolitik werden in Berlin, vor allem aber in Brüssel gezeichnet. Der Einfluss des Landes ist begrenzt: Es wirkt vor allem über Geld, und zwar in Form von Förderprogrammen und Fonds etwa für Start-ups und Gründungen, sofern das Korsett des EU-Behilferechts das zulässt. Und natürlich kann eine Landesregierung versuchen, Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Das funktioniert besser, wenn die eigene Partei im Bund mitregiert, wie man etwa im Doppelschlag von Grünen in Land und Bund bei der Genehmigungspolitik für Windkraft beobachten konnte. Die Energiepolitik der vergangenen Jahre zeigt allerdings auch, dass es nicht immer gelingt, baden-württembergische Interessen durchzuboxen. Das geplante Wasserstoff-Kernnetz weist im Südwesten große Lücken auf. In der Ansiedlungspolitik dürfte die Brennstoffzellenfabrik Cellcentric als größter Erfolg zu werten sein, deren Bau durch große Widerstände in der Bevölkerung verzögert wurde.

Diese Hilflosigkeit spiegelt sich in den Programmen der Parteien wieder. Von Innovationsförderung ist die Rede, von Bürokratieabbau und von neuen Fonds. Die CDU von Manuel Hagel gibt in ihrem gerade verabschiedeten Wahlprogramm vor, Baden-Württemberg 2036 zur stärksten Innovationsregion Europas machen. Das wirkt reichlich unterambitioniert angesichts der Tatsache, dass das Bundesland seit Jahren den Innovationsindex der Länder und Regionen der EU anführt. Ehrlicher ist da der Ansatz, dass ein möglicher CDU-Ministerpräsident sich persönlich für den Standort einsetzen will.

Trotzdem führt in einem wirtschaftsstarke Bundesland wie Baden-Württemberg kein Weg daran vorbei, dass die Wahlkämpfer vor der Landtagswahl das Thema setzen und sich bemühen, Zuversicht zu verbreiten. Denn Wirtschaftspolitik ist zu einem großen Teil Psychologie, wie auch BDI-Chef Peter Leibinger jüngst selbstkritisch einräumte, nachdem er selbst kurz zuvor gewarnt hatte, die Wirtschaft befinde sich im freien Fall.

Korntal-Münchingen
Bio-Produkte vom Schulbauernhof **Seite 17**

Calw
Hermann-Hesse-Bahn: Besuch auf der Baustelle **Seite 18**

Weil der Stadt
Finanzmisere: Wie geht es im Rathaus weiter? **Seite 19**

Gewerbesteuer in Stuttgart soll steigen

STUTTGART. Vor der entscheidenden Abstimmung zum defizitären Doppelhaushalt 2026/2027 hat der Gemeinderat in Zweiter Lesung die Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen. Sie soll von 2026 an befristet bis 2030 um 10 Punkte auf 430 Prozent steigen, was zu Mehreinnahmen von rund 35 Millionen Euro führen könnte. Die Entscheidung fiel in nicht öffentlicher Sitzung gegen FDP, Freie Wähler, AfD und Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU). Sie muss in der Dritten Lesung am 19. Dezember bestätigt werden. Die IHK warnt vor Arbeitsplatzverlusten. Die Verwaltung hatte statt der Gewerbe- eine Grundsteuererhöhung vorgeschlagen. Für diese soll einzig der OB votiert haben. **ks**
– Stuttgart erhöht Steuern **Lokalteil**

Abstiegsangst im Autoland

Fast die Hälfte der Menschen im Südwesten fürchtet, dass Stuttgart ein zweites Detroit werden könnte.

Von Annika Grah, Rainer Pörtner und Matthias Schiermeyer

Die angespannte Lage der Industrie im Südwesten löst bei vielen Menschen Abstiegsängste aus. 28 Prozent der Befragten im aktuellen BaWü-Check befürchten, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich schlechter gehen wird als heute. Etwa 34 Prozent glauben, dass sich nichts ändert. Lediglich 22 Prozent halten eine persönliche Verbesserung für möglich. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Die nicht abreißenden Hiobsbotschaften der Automobilhersteller, ihrer Zulieferer und der Maschinenbauer verstärken damit die Krisenstimmung der Menschen. Selbst der er-

folgsverwöhnte Luxusautohersteller Porsche droht jetzt mit einem umfangreichen Sparpaket. Die Bosch-Belegschaft muss betriebsbedingte Kündigungen fürchten, wenn 2027 das Jobsicherungsprogramm endet. Jüngste Schreckensnachricht ist der Abbau von bis zu 2500 Stellen bei Voith. Die Wirtschaftsflaute wirkt sich auch auf andere Branchen aus: Das Statistische Landesamt dürfte in diesem Jahr voraussichtlich die höchste Zahl an Insolvenzen seit 2009 verzeichnen; besonders betroffen sind Bau, Handel, Gastgewerbe und freie Berufe.

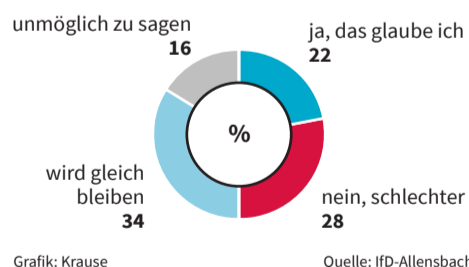
Der Ruf der Autoindustrie als jahrzehntelanger Wohlstandsgarant ist ramponiert: 57 Prozent der Befragten im BaWü-Check gaben an, dass sie die Situation der Branche stark oder sehr stark beunruhigt. 45 Prozent treibt die Sorge um, dass der Region Stuttgart ein ähnlicher Niedergang droht wie der US-Autostadt Detroit. Alle großen Parteien haben die Themen Wirtschaft und Wohlstandssicherung vor der Landtagswahl am 8. März 2026 ganz oben auf ihrer Agenda.

Die Außensicht ist deutlich weniger pessimistisch: Der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europaparlament, Manfred Weber, sieht Baden-Württemberg und Bayern als Vorbilder beim Thema Innovation. Der Vorstand der EVP-Fraktion, der zurzeit in Heidelberg tagt, fordert eine Innovationsoffensive in der EU.
– Weitere Berichte **Seiten 6, 7, 10**



Erwartungen der Befragten

Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser gehen wird als heute?



Wahlen trotz Krieg?

KIEW. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt sich zu schnellen Neuwahlen in seinem Land bereit – sofern die US-Regierung für Sicherheit Sorge. Der Vorwurf, dass der Krieg mit Russland nicht ende, weil er sich ans Präsidentenamt klammere und die Macht nicht abgeben wolle, sei falsch. Die Arbeit am Friedensplan dauert indes an. **Seiten 2, 4**

Kokainspuren im Blut

STUTTGART. Nach dem tödlichen Zusammenstoß nahe der Stadtbahn-Haltestelle Olgaek in der Stuttgarter Innenstadt haben Ermittler im Blut des Unfallfahrers Spuren von Kokain gefunden. In einem möglichen Prozess dürfte daher vor allem die Frage im Mittelpunkt stehen, ob der 43-Jährige zum Unfallzeitpunkt fahrtüchtig war. **Lokalteil**

Willi Weber überfallen

STUTTGART. Der frühere Formel-1-Manager Willi Weber ist in seiner Stuttgarter Villa überfallen und ausgeraubt worden. Das bestätigte einer seiner Mitarbeiter unserer Zeitung. Drei Männer seien am Dienstagabend ins Haus im Wohngebiet Kräherwald eingedrungen. Auch Webers Frau und eine Haushälterin seien da gewesen, als er gefesselt worden sei. **Lokalteil**

Wetter Seite 28



Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Lukrativer Karrieresprung gestoppt

Für die Beförderung von Ministerialbeamten ist die Zeit vor Wahlen genauso verlockend wie heikel. Es kann die letzte Chance sein, den eigenen Leuten noch etwas Gutes zu tun. Aber die politische Konkurrenz schaut auch besonders genau hin. Beides gilt für einen aktuellen Fall bei den Grünen. In der von ihnen geführten Vertretung des Landes beim Bund (Chef: Staatssekretär Rudi Hoogvliet) war die Position des Dienststellenleiters zu besetzen. Dotierung: Besoldungsgruppe B 6, fast 11 500 Euro monatlich. Der bisherige Inhaber Stephan Ertner war nach dem Platzen der Ampel als Staatssekretär zum Interimsbildungsminister Cem Özdemir gewechselt, seit Oktober ist er Staatssekretär in Niedersachsen.

Nachfolger sollte jener Beamte werden, der die Dienststelle schon während Ertners Monaten bei Özdemir kommissarisch geführt hatte: Daniel Mouratidis, der Leiter der Stabsstelle des Be-

Warum ein früherer Grünen-Chef kurz vor der Wahl doch nicht befördert wird.

Von Andreas Müller

vollmächtigten Hoogvliet. Von 2006 bis 2009 war der heute 48-jährige Backnanger Vorsitzender der Grünen im Südwesten, später wurde er Wahlkampfmanager und Vizeregierungssprecher in Sachsen-Anhalt. Seit 2022 leitet er in Berlin den Leitungsstab und fungierte zugleich als Pressesprecher.

Dem Vernehmen nach ist Mouratidis derzeit in Besoldungsgruppe A 16 eingruppiert, was einem Grundgehalt um 7500 Euro entspricht. Die Beförderung hätte ihm also monatlich 4000 Euro mehr eingebracht, über zwanzig Berufsjahre rund eine Million Euro. Verdient hätte er sie aus Sicht der regierenden Grünen: In der Interimszeit, so ein Sprecher, habe er die Aufgabe „stets zur vollsten Zufriedenheit erledigt“ und seine Eignung bewiesen. Doch der Sprung bleibt ihm verwehrt. Drei Monate vor der Wahl, teilte Hoogvliet intern mit, konnten sich die Koalitionspartner „nicht auf eine dauerhafte Besetzung der Stelle einigen“.

Kostas

